

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrüderstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 24. März 1926

Nummer 23

### Sozialpolitische Anzulänglichkeiten

Der Raubbau, den der emporstrebende Kapitalismus an der menschlichen Arbeitskraft trieb, zwang den Staat zur Schaffung allgemeiner Schutzvorschriften und in weiterer Folge zu Versicherungsgeetzen. Lange vor Einführung der Versicherungsgeetze hatte die Arbeiterkassette bereits zur Selbsthilfe gegriffen, indem sie in den freien Hilfskassen und in den Gewerkschaften sich Unterstützungseinrichtungen schuf. Naturgemäß konnte diese Selbsthilfe nicht allen Notwendigkeiten gerecht werden. Andererseits konnte und durfte es dem Volksganzen nicht gleichgültig sein, wenn durch Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit die Arbeitskraft, das wertvollste Gut des Menschen, gemindert oder gar vorzeitig bauernb brachgelegt wurde. Der Staat mußte deshalb eingreifen mit Maßnahmen vorbeugender, heilender und unterstützender Art. Aber nur widerwillig, nicht aus innerer Überzeugung schuf die damaligen Machthaber z. B. die Versicherungsgeetze. Ehe man dazu überging, versuchte man noch mit einem großen Schlage die aufstrebende, ihr Recht fordernde Arbeiterkassette mundtot zu machen durch Vernichtung ihrer Interessenvertretungen. Erst als dieses Gewaltmittel schlaglich, bequante man sich zu weitergehenden Schutzmaßnahmen. In der Kaiserlichen Volksgasse vom 17. November 1881 wurde darauf mit großem Pomp das Programm der Arbeiterversicherung verkündet. Die Folgezeit hat gelehrt, daß jedem Fortschritt Steine in den Weg gelegt wurden und nur in hartem, unermüdlichem Kampfe ein Ausbau der Geetze zu ermöglichen war.

Trotz der im ganzen segensreichen Wirkung der Sozialversicherung hatten den Geetzen bei dem Kompromißcharakter naturgemäß eine ganze Reihe Mängel an, die dazu führten, daß der einzelne mit den Leistungen vielfach unzufrieden ist. Diese Unzufriedenheit tritt heute um so schärfer in die Erscheinung, als die Finanzprognose aus den vielerlei Kriegsfolgen heraus eine beträchtlich höhere geworden ist.

Der Werkstätige, der heute außerstande ist, von seinem ungenügenden Lohn einen Notgroßen zurückzulassen, denkt mit schwerer Sorge an den Zeitpunkt, wo ihn längere Krankheit, Arbeitslosigkeit oder gar Invalidität zwingt, mit den in den einzelnen Versicherungsgeetzen festgelegten Unterstützungssätzen mit seiner Familie das Dasein zu fristen. Diese feilsche Bedrücktheit wirkt lähmend auf die Arbeitsfreudigkeit.

Wären wir auf unsere Krankenversicherung, so muß jeder objektiv Urteilende zugeben, daß sie Gutes leistet für die Volksgesundheit und daß zahlreiche Kassen vorbildliche Einrichtungen im Wege der Selbstverwaltung geschaffen haben. Niemand wird diese Versicherungsart missen wollen, und dennoch ist es außerordentlich schwer für den arbeitsunfähigen Kranken mit beispielsweise einem Krankengeld von 50 Proz. des Grundlohnes den Unterhalt für sich und seine Familie zu bestreiten. Schwer belastet sind auch diejenigen, in deren Wohnort die Kassen noch keine Familienhilfe als Leistung aufgenommen haben. Die Lage der Krankenkassen ist zurzeit eine bedrohliche. Die wirtschaftliche Krise drückt sich bei ihnen in hohen Krankenziffern, hohen Ausgaben und Rückgang der Beitragseinnahmen aus. In solchen Zeiten haben die Kassen zu kämpfen, um die jetzigen Leistungen aufrecht zu erhalten; viele waren gezwungen, die Beiträge zu erhöhen oder die Leistungen herabzusetzen. Reichsgesetzlich ist die Einführung der Familienhilfe als Maßleistung geplant, ebenso gewinnt der Gedanke immer mehr an Boden, daß eine soziale Abstützung des Krankengeldes notwendig ist. Größere Leistungsfähigkeit wird erzielt durch Beseitigung der Innungs-, Betriebs- und Erstattkassen und Zusammenfassung aller Kassen zu großen Einheitskassen für bestimmte Bezirke. Gibt es doch heute noch Innungsstellen mit sage und schreibe 30 Mitgliedern. In den Versicherungskassen müssen alle höher entlohnten Angestellten einbezogen werden. Notwendig ist aber auch eine Entlastung der Kassen von allen Ausgaben, die zu tragen, Sache der Allgemeinheit ist (Kriegsbeschädigten-Krankenfürsorge, Wohnhilfe usw.) und Befreiung von allen burokratischen Vorschriften. Im übrigen haben die Versicherten durch den Ausschlag maßgebenden Einfluß auf die Kassenleistungen. Ein Recht, von dem vielfach nur ungenügend Gebrauch gemacht wird.

In der Invalidenversicherung wird mit Recht die Rentenleistung für den einzelnen als völlig ungenügend bezeichnet. Durchschnittsrenten von 25 bis 30 M. pro Monat können unmöglich als Existenzminimum für einen lebigen Invaliden, noch viel weniger für einen Verheirateten betrachtet werden. Die Empfänger dieser „fürsichtlichen“ Renten fallen unweigerlich der öffentlichen Fürsorge zur Last, wenn sie nicht noch anderweite Einnahmen besitzen. Als besonderes Unrecht, ja als Mißachtung empfindet der Arbeiter es, daß für die Angestellten eine besondere Versicherung mit wesentlich besseren Leistungen geschaffen ist (Durchschnittsrenten von 50 bis 60 M. monatlich, Gewährung von Witwenrenten, ohne daß die Witwe invalide zu sein braucht usw.). Wohl sind die Beiträge in der Angestelltenversicherung höher, aber der Arbeiter würde sicher bereit sein, höhere Beiträge zu zahlen, wenn ihm dafür die Gewißheit gegeben würde, eine einigermaßen ausreichende Rentenleistung zu erhalten. Auch dieser Zweig leidet finanziell zurzeit unter der Wirtschaftskrise. Wir fordern die Verschmelzung beider Zweige, Vereinfachung des komplizierten Verwaltungsapparats, Einbeziehung der Angestelltenkreise, deren Einkommen über die jetzt geltende 6000-Mark-Grenze in der Angestelltenversicherung hinausgeht, damit das Versicherungsrisiko auf möglichst viel tragfähige Schultern verteilt wird. Wir fordern aber auch einen großzügigen Ausbau des in der Invaliden- und Angestelltenversicherung vorgesehenen Heilverfahrens. Das Heilverfahren bedarf eines systematischen Ausbaues. Der Rechtsanspruch auf Heilverfahren muß unter bestimmten Voraussetzungen geltendgemacht werden. Die Durchführung und die Art darf nicht abhängig sein von der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Anfall. Zur Hebung der Volksgesundheit ist es notwendig, daß die vorbeugenden und heilenden Maßnahmen aus allgemeinen Mitteln mit finanziert werden, da die Beitragseinnahmen für solche weitgehenden Ziele nicht ausreichen. Im Interesse einer einheitlichen Handhabung müssen die Maßnahmen im engen Einvernehmen mit allen Versicherungsträgern geschehen.

Wohl die größte Unzufriedenheit herrscht über die Erwerbslosenfürsorge. Um die jeweilige Höhe der Unterstützung wird heftig gestritten. Das Ergebnis bleibt immer daselbe, die Beträge decken nicht den allernotwendigsten Lebensunterhalt. Im Wirtschaftsgesetz Mitte (Ortsklasse A) erhält ab 1. März ein über 21 Jahre alter alleinverdienender Erwerbsloser 10,70 M., ein unter 21 Jahre alter 7,10 M. pro Woche, ein Verheirateter mit seiner Frau 13 M., mit zwei Kindern 17,70 M. Vom Beginn der neunten Woche der Arbeitslosigkeit ab bekommt der Verheiratete mit Frau 14 M., mit zwei Kindern 18,70 M., also eine Mark mehr. Diese kargen Erhöhungen sollen die Erwerbslosen der Ortsklassen D und E noch nicht einmal erhalten. Im Wirtschaftsgesetz Osten sind die Sätze noch ersparnislicher. Zutreffend bezeichnet die „Gewerkschaftszeitung“ die Situation u. a. wie folgt:

„Sozialpolitisch ist es unerträglich, Millionen von Menschen, Erwerbslose und ihre Angehörigen, monatelang an der absolut tiefsten Grenze ihrer Lebenshaltung zu lassen, sie nur vor dem baren Verhungern zu schützen. Wirtschaftspolitisch ist es unerträglich, die Schaffenskraft dieser Erwerbslosen und der werdenden Generation durch die Entbehrungen zu demolieren, denn diese Schaffenskraft stellt das unersehbare Kapital einer Volkswirtschaft dar. Gefährde es und du zerstörst die Zukunft. Über Vernichtung der Kaufkraft dieser Massen bedeutet zugleich, den endlichen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft gefährden, denn ohne Hebung der inneren Kaufkraft und des inneren Konsums sind die Probleme der Rationalisierung und der Wirtschaftsbereinigung nicht zu lösen. Die Erwerbslosigkeit, d. h. die mangelnde Kaufkraft des Erwerbslosen, reißt die Wirtschaft in weitere Depression und verhindert zugleich ihre Überwindung. Sorge für den Erwerbslosen ist daher nicht nur karitative Pflicht, sondern zugleich krisenüberwindendes Element.“

Ebenso unerträglich wie die niedrigen Unterstützungssätze ist aber auch die immer noch geltende Bestimmung, daß Unterstützung nur gewährt wird, wenn Bedürftigkeit vorliegt. Daß der arbeitslose Sohn dem arbeitenden Vater, der arbeitslose Vater dem arbeitenden Sohn zur Last

fallen soll, wenn die Unterhaltspflichtigen ein bestimmtes Einkommen beziehen, ist ein schreiendes Unrecht in Hinsicht auf die vorhandene Beitragspflicht zur Erwerbslosenfürsorge. Das Herumschleifen in den Familienverhältnissen (nach andern Einkünften des Unterhaltungs Nachsichenden, nach etwaigem Verdienst der Ehefrau und Kinder) wirkt geradezu abstoßend. Der Zustand, daß trotz langer Beitragsleistung ein Rechtsanspruch auf Unterstützung nicht gegeben ist, widerspricht dem einfachen Rechtsempfinden des Arbeiters und bedarf schleunigster Abänderung. Ebenso ungerecht wirkt die sogenannte Pflichtarbeit, die verschiedentlich schon dazu geführt hat, daß Gemeinden in völlig ungeschickter Weise gemeindliche Arbeiten auf diese Art herstellen ließen, die sonst zu ortsüblichen Löhnen hergestellt wurden. Während die Verordnung nur Pflichtarbeit bis zu 16 Stunden wöchentlich vorsieht, ordnen „gewissenhafte“ Bürgermeister eine solche bis zu 40 Stunden an. Der Bürgermeister von Wittlich verlangt sogar 4 bis 5 Tage Pflichtarbeit und das Mitbringen von Arbeitsgerät. Im Falle letzteres nicht geschieht, kündigt er an, daß das Gerät städtischerseits gekauft und dem Erwerbslosen ratenweise von der Unterstützung abgezogen wird. Streichung von der Liste der Erwerbslosen und Unterstützungsentzug wird demjenigen angedroht, der es wagen sollte, den ungeschicklichen Anordnungen keine Folge zu leisten. Wir fordern erneut die beschleunigte Gesetzgebung einer Arbeitslosenversicherung, die den Rechtsanspruch sicherstellt und die Pflichtarbeit beseitigt.

Wir haben uns in vorstehendem nur mit ein paar „Kleinigkeiten“ beschäftigt und haben damit dem Wunsch der deutschen Arbeiterkassette Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterkassette die herrschenden Kreise warnen, an dieser Unzufriedenheit achtlos vorüberzugehen. Der letzte Rest von Volkstümlichkeit der Sozialversicherung steht auf dem Spiel.

Angeichts der geschätzten Anzulänglichkeiten ist es nur zu begreiflich, daß die Arbeiterkassette in immer stärkerem Maße nach einem Ausbau der gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen drängt, um auf diesem Wege den Ausgleich zu finden. Auch in unserer Organisation sehen wir daselbe Bild. Neben dem Ausbau der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wird ein großzügiger Ausbau der Invalidenunterstützung gefordert. Solange der Staat seinen Verpflichtungen gegenüber den Erwerbslosen, den Schwachen und Stiften in so ungenügender Weise nachkommt, solange muß man mit diesen Bestrebungen sympathisieren und wünschen, daß sie erfüllt werden, soweit sie irgendwie realisierbar sind. Den Leistungen der Gewerkschaft auf dem Unterstützungsgebiet werden aber immer gewisse Grenzen gezogen sein, und deshalb muß das Hauptgewicht stets auf den großzügigen Ausbau der staatlichen Einrichtungen gelegt werden. Viel mehr als bisher muß den Mängeln in der Sozialversicherung nachgegangen werden, viel stärker als bisher muß der Wille nach einem umfassenden Umbau und Ausbau des Bestehenden aus der Masse heraus zum Ausdruck kommen. H. Lo.

### Weltwirtschaftskrisen und deren Entstehung

Die in den letzten Monaten mit nie dagewesener Größe und Schwere über uns hereingebrochene Krise veranlaßt uns, nachzudenken, wie diese entstand und beseitigt werden kann. Um eine Krise richtig verstehen zu können, ist es notwendig, einen Blick in die Wirtschaftsform zu tun, welche diese Krisen ermöglicht. Die Eigenwirtschaft des stillen Mittelalters, die Klosterwirtschaft usw., überhaupt die ganze geschlossene Hauswirtschaft gaben keine Krisenmöglichkeiten. Sie produzierte eben nur für den eignen Gebrauch, es wurde dementsprechend planmäßig gearbeitet.

Erst die Marktproduktion brachte die Krisenmöglichkeit mit. Unter Marktproduktion ist die Produktion für einen unbestimmten Abnehmer zu verstehen. Man produziert hier nicht mehr auf Bestellung, sondern auf gut Glück, seine Ware loszuschlagen. Es wird auf Vorrat produziert, und man ist auf die Abnahme seiner Ware vom Markt angewiesen. Seine regeln lediglich Angebot und Nachfrage den Gang der Produktion. Hier kommt nun die Frage auf, wie

steuert sich diese Wirtschaft? In der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsform versucht der einzelne Produzent erst einmal durch Steigern der Produktion die eventuellen Verluste eines Preissturzes durch größeren Umsatz wettzumachen. So kommt das Moment, wo die Läger voll mit Waren sind und die Krise eintritt, muß infolge Abnahmefalles die Krise nicht anders als das Symptom der aus dem Gleichgewicht gekommenen Wirtschaft. Nun vollzieht sich der schmerzhafteste Prozeß der Wiederherstellung des Gleichgewichtes in der Wirtschaft. Durch die Konjunktur ist der Produktionsapparat ungehindert vergrößert und die vielen Konturle zeigen dann, was alles zuviel war.

Interessant ist es, die Theorien zu betrachten, die über das Woher der Krisen bestehen. Ein Engländer stellte folgende Theorie auf. Er stellte seit 1840 alle zehn Jahre eine Krise fest und führte dieselbe auf die Sonnenflecken zurück. Er behauptete, die Sonnenflecken bringen Mischereiten zustande, dadurch kommt die Landwirtschaft in Schwierigkeiten und diese setzen sich fort auf alle andern Wirtschaftszweige. Wenn dieses auch überspannt war, so hat der Grundgedanke des Einflusses der Natur doch eine gewisse Berechtigung; denn Mischereiten und Zufrieren von Flüssen usw. haben einigen Einfluß auf bestimmte Wirtschaftszweige.

Eine weitere Theorie ist die Herkunft der Krisen aus sozialen Gründen. Hier sagt man, daß die Bevölkerungsbewegung nicht Schritt halte mit der Produktion und so ein Mißverhältnis zwischen diesen entstehe. Aber dieses mag im 19. Jahrhundert gestimmt haben, ist doch in der Zeit eine Bevölkerung der Bevölkerung in Europa festzustellen. Heute ist Stillstand in der Bevölkerung eingetreten. Eine weitere wichtige Krisenentwicklung ist die durch Kriege hervorgerufene. So gingen im Weltkrieg viele Märkte verloren; es kam dadurch die Produktion infolge Abnahmefalles ins Stoden. Alle diese Ursachen sind außerhalb der Wirtschaft zu suchen. Hauptgründe für die heutige Krise liegen aber innerhalb der Wirtschaft selbst in Form von Überkapitalisierung der Betriebe, also festgelegten Kapitals, sowie dem heutigen Mißverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die Spekulation spielt ebenfalls eine große Rolle.

Während Europa vor dem Kriege alle seine überschüssigen Erzeugnisse nach Amerika, Japan und China geben konnte, dafür Rohstoffe und Lebensmittel erhielt, ist es heute so, daß diese Länder sich industrialisiert haben und dadurch unabhängig wurden. Ebenso ist es mit den Kapitalien, die wir z. B. in Amerika einsbringen anlegen konnten. Heute ist es so, daß Amerika vom größten Schuldnerland zum größten Gläubigerland wurde.

Wenn es nun nach Marx ginge, so müßte die kapitalistische Wirtschaft, wenn sie ihre Grenze in Bezug auf Warenabsatz und Kapitalumschlag erreicht hätte, und nachdem der Imperialismus der einzelnen Länder durch Kriege und innerhalb der Länder durch Bürgerkriege alles auf die Spitze getrieben, auseinanderbrechen und untergehen\*. Das würde stimmen, wenn wir alles lassen stehen, aber es ist doch so, daß zur Abwendung der Krisen Krisenpolitik betrieben wird. So tritt der Krisentheorie die Krisenpolitik entgegen, die abkürzen und überwinden will. Die Unternehmer organisieren sich zu Syndikaten und Kartellen, die kontingierend wirken sollen und logar internationale geregelt werden. Der Arbeiter als marktschwächerer Person muß seine Ware Arbeitskraft immer loschlagen. Um ihn vor allzu schweren Schlägen der Krise zu schützen, schuf man die Arbeitslosenversicherung, Berufsberatung, Auswanderungsverträge und wird auf diese Weise das Arbeitsangebot zu regeln versuchen. Von Kapitalseite wird durch die Diskontpolitik der Banken, Kreditkontingenzierung und Höchstkredite versucht, die Entstehung der Krise zu verhindern oder deren Verlauf zu beeinflussen. Als letztes wäre der Staat zu nennen, der mittelbar durch Berufsberatung und Konjunkturforschung die Ursachen und Folgen der Krisen abschwächen will. Unmittelbar trägt der Staat durch Staatsaufträge, Schaffung von Arbeitsgelegenheit in Staatsbetrieben, Arbeitslosenversicherung und produktive Erwerbslosenfürsorge zur Überwindung der Krise mit bei. Diese Betrachtungen führen jeden wirtschaftlich denkenden Menschen zu der Überzeugung, daß wir heute nicht mehr durch einzelne private Interessenten den Lauf der Gesamtwirtschaft regeln lassen können, sondern dazu übergehen müssen, in kollektiver Form die planmäßige Wirtschaft einzuführen, um so die ungeheuren Schwierigkeiten und Lagen, die Krisen immer wieder mit sich bringen, der Gesellschaft abzunehmen und durch planmäßige, internationale Regelung der Wirtschaft Ordnung und Ruhe in dieselbe zu bringen.

F. A. M. A. R. Hoffmeister

\* U n e r k u n g d e r S c h r i f t l e i t u n g: Dies ist eine aus dem Zusammenhang der Schriften von Karl Marx herausgerissene Behauptung, die, wenn ihr keine tendenziöse Absicht anzuhandelt, nur beweist, daß der Verfasser die Lehre von Karl Marx nicht mit der für eine solche Kritik unbedingt erforderlichen Gründlichkeit studiert oder verstanden hat. Denn in Wirklichkeit lehrt Karl Marx kein Auseinanderbrechen oder Untergehen irgendeiner Wirtschaftsforn ins absolute Nichts, sondern nur deren fortgesetzte Umwandlung auf Grund der in ihr enthaltenen naturgesetzlichen und dialektischen Tendenzen. Dabei sind auch die von Verfasser im Anschluß an diesen Satz geäußerten Ansichten über die Krisenpolitik der Gegenwart und Zukunft in der Lehre von Karl Marx selbst schon viel deutlicher und weitgehender entwickelt.

## Das Genossenschaftswesen

### Die Ansichten der genossenschaftlichen Wirtschaftsbewegung

Noch nie so überzeugend wie zur Jetztzeit, inmitten der schwersten Wirtschaftskrise, die wir in Deutschland millionenfach am eignen Leibe erleben, hat sich der Gedanke von der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit der genossenschaftlichen Wirtschaftsform ausgebreitet. Ist das Ausschneiden zahlreicher Unternehmungen und Unternehmerexistenzen ein notwendiger „Reinigungsprozeß“ innerhalb der durch die Inflation ausgeblähten Produktions- und Handelsbetriebe der deutschen Privatwirtschaft, so zeigt sich

1. daß diese Aufblähung am allerwenigsten die Genossenschaften ergriffen hat und
2. daß deren Wirtschaftsform die zukunftsreichsten Aussichten besitzt.

Die Konturstatistik des Reiches spricht in dieser Hinsicht eine äußerst beredte Sprache. Brachte das erste Kriegsjahr 1914 einen erstmaligen Höchststand der Konturle mit der Zahl von 7840, woran aber nur 77 Genossenschaften beteiligt waren, so zeigt das Inflationsjahr 1923 mit 263 Konturle, wovon nur sechs die Genossenschaften trafen, einen Tiefgang, der ein ebenso anomales Bild unterer Wirtschaft zeigte, wie die Laufende von neuen Unternehmungen, die wie Pilze aus der Erde schößten.

Die Jahre 1924 und 1925 ließen durch das Festhalten der im November 1923 begonnenen Sanierung unserer Währung keinerlei Zweifel über den treibhausartigen Charakter der deutschen Privatwirtschaft übrig. Mit 6033 Konturle im Jahr 1924, wovon 87 auf die Genossenschaften entfielen, näherte man sich dem „Rekord“ des ersten Kriegsjahres, und das Jahr 1925 wird mit rund 12000 Konturle, wovon nur etwa über 100 auf die Genossenschaften entfallen, das Bild eines Reinigungsprozesses geben, in dem die genossenschaftliche Wirtschaftsform als die solideste und zweckmäßigste sich bewährt hat. Denn bei 53 000 Genossenschaften aller Art kaum mehr als 100 Konturle in einer Zeit, wo ganze Konzerne, die größten Aktiengesellschaften, ehemals bestunderte und größte Einzelunternehmungen der Privatwirtschaft wie Karrenhäuser von dem Wirtschaftsturm umgeblasen werden, das ist ein Zeugnis von Kraft und im Wesen der Unternehmung wurzelnder Stärke, das die genossenschaftliche Wirtschaftsform als die gegebene der gesellschaftlichen Wirtschaftsverfassung erkennen läßt.

Was insbesondere die Konsumgenossenschaften anbelangt, so zeigt sich, daß bei den 20 bis 30 im Jahre 1925 vorgelegten Konturle nur solche Gebilde nicht lebensfähig waren, die von vornherein ohne jede Sicherung durch verbandsorganisationsmäßige Verbündetheiten ein Eigenleben — vegetieren, das sie dem Wirtschaftsturm ebenso preisgab, wie Einzelunternehmungen der Privatwirtschaft.

Neben der ökonomischen Überlegenheit der genossenschaftlichen Wirtschaftsform zeigt sich deren organisatorische in geradezu glänzender Weise. Zu Tausenden schlossen neue Unternehmungen der Privatwirtschaft hervor, während zu gleicher Zeit ein „Rückgang“ der Konsumgenossenschaften zu verzeichnen war. Das kam nicht von ungefähr. Denn die konsumgenossenschaftlichen Landes- und Zentralverbände hatten bei Beginn der Inflationsperiode den durch den Krieg hervorgerufenen Stillstand in der Gründung von neuen Genossenschaften als zweckmäßigste Sicherung gegen die herausziehenden Gefahren erkannt und die Konzentration zum organisatorischen Prinzip der Bewegung erhoben. Wo irgendwie ein Zusammenbruch infolge falscher Einstellung einer Verwaltung auf die Scheinbilste der Wirtschaft drohte, wurden alle Hebel genossenschaftlicher Solidität zur Anwendung gebracht, um denselben dadurch zu verhindern, daß die bedrohte Genossenschaft mit der nächstgelegenen stärkeren, lebensfähigeren verschmolzen wurde. Und wenn das Experiment nicht überaus und immer gelang, weil der Sturm schon zu tief gefressen hatte und gegebenenfalls eine empfindliche Schwächung der übernehmenden Genossenschaft zu besorgen war, so blieb diese Erscheinung auf Ausnahmen beschränkt.

Diese beinahe selbständigen Wirtschaftskongentrationen bedeuteten und bedeuteten gerade während der Inflations- und jetzigen Wirtschaftskrise eine außerordentliche Stärkung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung, denn die Verringerung der Zahl der Genossenschaften war von einer außerordentlichen Steigerung der Mitgliederzahl begleitet, welche der Wirtschaftlichkeit des genossenschaftlichen Unternehmens zugute kam und kommen mußte.

Es war zur rechten Zeit, denn die Inflationsperiode war bei den Konsumgenossenschaften mit einer erheblichen Vermehrung der Verkaufsstellen verknüpft, welche immerhin fürter war als die normale Mitgliederzunahme. So hat das Konzentrationsprinzip mindestens einen Ausgleich für die teilweise Aufblähung des genossenschaftlichen Wirtschaftsapparates, und die Wirkung davon zeigt sich nun bei einem Bild in die Konturstatistik, welcher das Urteil ermöglicht, daß die genossenschaftliche Wirtschaftsform weit aus am besten von allen Unternehmungen den schweren und schwersten Wirtschaftskrisen gewachsen ist.

Die Aussichten, die sich durch diese Tatsache für die weitere Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung eröffnen, sind die denkbar günstigsten. Denn allmählich wirkt sich der Materialismus der Dinge immer

fürter auch im geistigen Bewußtsein der Massen aus und, elementar in Bewegung gesetzt, geht's mit Riesenschritten dem Ziele zu, nachdem das Schneefempe durch das cherne Maß der Notwendigkeit überunden war.

Die düstere Zeit einer noch nicht absehbaren Wirtschaftskrise muß — nun erst recht! — den Willen und die Energie zum Kampf für eine bessere Wirtschaftsform beflügeln und stärken, die so ihre Überlegenheit demonstriert hat. Es ist die genossenschaftliche. — ff.

## Wo verbringe ich meine Ferien?

Wenn die Tage länger werden, fängt der Durchschnitts-europäer an, sein Sommerprogramm zu entwickeln. Und seit einiger Zeit sind es auch die Arbeiter, die dem Frühjahr und Sommer besondere Aufmerksamkeit widmen. Viele Berufe haben durch tarifliche Vereinbarungen ihren Mitgliedern Erholungsurlaub gesichert. Unter diesen sind viele, die verwandtschaftlichen Anhang auf dem Lande haben oder die als unentwiegte Kleingärtner einen lieblich schönen Erdenstiel mit sehr viel blauem Himmel über sich besitzen, und die in beiden Fällen um die Entscheidung der Frage: „Wo verbringe ich meine Ferien?“, nicht verlegen sind. Aber die größere Masse der Stadtmenchen, mit dem gleichen Grad von Natursehnsucht behaftet, hält doch Umschau nach einem geeigneten Ferienaufenthalt. Die Ferienheimstättengenossenschaft „Gutenberg“, gegründet von Angehörigen der Reichsdruckerei, ist ebenfalls entstanden aus dem Grundgefühl der Arbeiter, für die Ferientage angenehmen, preiswerten und gegen Überverteilung geschützten Aufenthalt irgendwo zu erlangen. Die Genossenschaft besitzt heute ein besaglich ausgefattetes Heim in Graal an der Ostsee. Der Ort ist ein annehmbares Ostseebad, das aber den großen Vorzug hat, neben dem herrlichen breiten Strand meilenweit von schönstem Wald umgeben zu sein. Die Heimbesucher haben also außer dem wundervollen Badeloben noch Gelegenheit zu interessanten Ausflügen. Das nächstgelegene „Mödebad“ ist Warnemünde. Es ist landschaftlich nicht annähernd so reizvoll, wie das kleinere Graal. Das Heim enthält etwa 30 Zimmer, die recht besaglich ausgestattet sind. Die Zimmer haben elektrische Beleuchtung. Ein gemeinsamer Speisesaal vereint die Gäste zu den Mahlzeiten und zu geselligen Spielen oder Unterhaltungen am Abend. Vom Heim ist der Strand in zehn Minuten zu erreichen. Die Bahnverbindung ist von Berlin über Rostock—Rövershagen—Graal direkt. Die Genossenschaft gibt Zimmer nur mit voller Pension ab. Der Pensionspreis beträgt für Erwachsene 4—5 M. (je nach Lage der Zimmer), Kinder von 10 bis 14 Jahren 3 M., von 6 bis 10 Jahren 2 M. und von 2 bis 6 Jahren 1,50 M. Bettwäsche ist möglichst mitzubringen. Wenn Bettwäsche beansprucht wird, beträgt der Benutzungspreis pro Woche und Bett 2 M. Die Preise sind einschließlich Bedienungsgeld und Bedienung. Die Gemeinde erhebt eine Kurtaxe, deren Höhe in jedem Jahre kurz vor Beginn der Badesaison neu festgelegt wird. Das Heim ist von Anfang Mai bis Ende September geöffnet. Die Mitglieder des unsres Verbandes finden in dem Heim Aufnahme, müssen aber der Bewerbung einen Mitgliedschaftsnachweis beifügen. Aufnahmegebühren sind schon jetzt zu richten an die Ferienheimstättengenossenschaft „Gutenberg“, Reichsdruckerei, Berlin, Drantienstraße 91. Den Zuschriften ist Rückporto beizufügen. Als Zu- und Abreise tag hat die Genossenschaft den Sonntag bestimmt. Die Kollegen können bei Einteilung ihres Urlaubes dies berücksichtigen. A. P. (Berlin).

## Das Buchgewerbe im Ausland

Schweiz. Einen nicht nur für die Mitglieder des Schweizerischen Typographenbundes, sondern auch für die gesamte schweizerische organisierte Arbeiterschaft wichtigen Tagesordnungspunkt der letzten Delegiertenversammlung bildete die Stellungnahme zu dem von Schweizerischen Gewerkschaftsbund projektierten Gründung einer Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung und damit zusammenhängend Gründung einer Arbeiterbank. Die bundesgesetzliche Regelung der Versicherung läßt jedenfalls noch manche Jahre auf sich warten, und dann ist es noch sehr fraglich, ob in der Volksabstimmung eine Vorlage vor dem Volk Gnade finden wird. Die Demokratie hat eben auch Schattenseiten. Was die Sozialversicherung anbetrifft, hinkt die Schweiz hinter den meisten sie umgebenden Staaten schwer hinterdrein. Die Leitung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist deshalb der Ansicht, der letztere solle die genannten Versicherungswege selbst einführen und zwar in beschränktem Obligatorium und vorläufig ohne Ausfluß auf Bundesbeiträge. Die schweizerischen Buchdrucker besitzen zwar bereits eine Invalidenversicherung, die in gewissem Sinne auch eine Altersversicherung ist, aber das hindert sie nicht daran, dem großzügigen Werk des Gewerkschaftsbundes ihre Aufmerksamkeit zu widmen und dabei mitzumachen. Das Zentralkomitee beflwortete denn auch den kollektiven Beitritt des Verbandes unter der Voraussetzung, daß die dieserhalb nötigen finanziellen Mittel vom Verband bestritten werden können. Die Versicherung soll auf dem Grundlag der Solidität aufgebaut werden, indem angenommen wird, daß ein fortwährender Zufluß von jungen Gewerkschaftlern stattfinden, die mithelfen sollen, die Renten zu bezahlen. Es ist ein Wochenbeitrag von 2 Fr. vorgesehen. Mit 53 gegen eine Stimme erteilte

die Delegiertenversammlung des Typographenbundes dem Zentralkomitee den Auftrag, das vom Gewerkschaftsbund aufgeworfene Versicherungsprojekt weiter zu verfolgen und als Stütze dieses Sozialwerkes auch bei der Gründung der Arbeiterbank mitzuwirken.

Die Abrechnung über das vierte Quartal ergibt sowohl für die Kranken-, Invaliden- und Sterbefälle als auch für die Allgemeine Krankenkasse ein günstiges Bild; die letztere zeigt bei 175 000 Fr. Einnahmen einen Ausgabeüberschuss von 144 571 Fr. und die letztere 106 442 Fr. Einnahmen und 29 411 Fr. Ausgaben. Das Gesamtergebnis des Jahres 1925 ist folgendes: Bei der Kranken-, Invaliden- und Sterbefälle betragen die Einnahmen 652 122 Fr. und die Ausgaben 584 581 Fr., darunter 257 610 Fr. für Invalidenunterstützung; bei der Allgemeinen Kasse waren an Einnahmen 397 318 Fr. und Ausgaben 159 200 Fr. zu verzeichnen, also ein Ueberschuss von rund 220 000 Fr. Die entsprechenden Zahlen für 1924 der letztgenannten Kasse sind 494 189 Fr. und 368 043 Fr.

Ungarn. Das offizielle Organ der ungarischen Prinzipale führt in letzter Zeit eine energische Kampagne gegen das Bestreben, daß staatliche und kommunale Druckereibetriebe sich auch um Privatarbeiten bewerben. Diese Kampagne hat besonders in Zeiten rückläufiger Konjunktur ihre Berechtigung. Der Objektivität halber muß allerdings gesagt werden, daß der Staat einen Großteil seiner Druckereien in Privatbetrieben herstellen läßt, so das stenographische Protokoll über die Sitzungen der Nationalversammlung, das Amtsblatt usw. Vollauf berechtigt ist jedoch die Fronde gegen das Überhandnehmen der Sträf- lingsarbeit, die bereits zur Schmutzkultur- ruz ausartet und daher dem Abgeordneten Kollegen Rothstein Anlaß gab, die Angelegenheit in der Nationalversammlung zur Sprache zu bringen, mit dem Erfolge, daß der Justizminister versprach, Ordnung zu schaffen. — Die Offsetfrage hat hierzulande einseitigen noch nicht viel Wasser getrübt. Es sind vorerst nur ganz wenige Offsetmaschinen in Betrieb und deren Verbreitung stehen noch die verschiedensten Schwierigkeiten entgegen, womit aber nicht gesagt sein soll, daß dieser neueste Typ von Druckmaschinen in Ungarn keine Aussicht hat, Fuß zu fassen. Derzeit aber bewegt sich die so bedeutende Frage für das Buch- und Steindruckgewerbe bloß in theoretischen Formen, die in Artikeln der Fachblätter zum Ausdruck kommen. Auch in bezug auf die Frage, inwieweit Buchdrucker und inwieweit Steindrucker die Offsetmaschine bedienen sollen, wurde noch keine Einigung erzielt. Und dies deshalb, weil beide interessierten Organisationen — Buchdrucker und Lithographen — als guldipiplinierte Mitglieder ihrer Internationalen auf dem Standpunkt der von den betreffenden Kongressen gefaßten Beschlüsse stehen. Zu einem Bruderzwist aber dürfte es im Entscheidungsfalle kaum kommen. Dafür bürgt das bisherige gute Einvernehmen, das zwischen beiden Organisationen in bösen und guten Zeiten bestand. Um vor Überraschungen jedenfalls gefeit zu sein, hat die Organisation der Buchdrucker beschlossen, zwei Drucker auf ihre Kosten nach Prag zu delegieren, um dort an dem von der Gehilfenorganisation errichteten Offsetkurs teilzunehmen und als Offsetdrucker ausgebildet zu werden. Dieser Kursus hat am 1. März begonnen und währt vier Monate. Die langwierige Beschaffung von Reisepaß und Visum verursachte das verspätete Eintreffen der ungarischen Kollegen. — Die Lithographen und Steindrucker, die noch immer in zwei Vereinen organisiert sind, dem Senefelder-Unterstützungsverein und dem Fachverein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, hielten im Februar ihre Generalversammlung ab, die Buchbinder im laufenden Monat. Aus den Berichten, den diese Organisationen ihren Generalversammlungen unterbreiteten, ist zu entnehmen,

daß sie es auch im abgelaufenen Jahre mit einer schweren wirtschaftlichen Krise zu tun hatten. Das finanzielle Ergebnis beim Senefelder kam in dem Ueberschuss von 174 059 635 Kronen zum Ausdruck bei Einnahmen von 318 866 140 Kr. und Ausgaben von 144 806 505 Kr., beim Fachverein zeigte sich bei Einnahmen von 154 334 150 Kr. und Ausgaben von 114 505 000 Kr. ein Mehr von 39 829 150 Kr. In Arbeitslosenunterstützung kamen insgesamt 85 Mill. Kr. zur Auszahlung. Als einen großen Erfolg verzeichnet der Bericht, daß die neuen entsprechenden Statuten vom Minister genehmigt wurden und daß es der Vereinsleitung endlich gelang, ein freundliches Heim für die Mitglieder zu beschaffen. Der Bericht der Buchbinder zeigt gleichfalls davon, daß im Jahre 1925 tüchtige Arbeit geleistet werden mußte, um das Errungene aufrechtzuerhalten und in bezug auf Entlohnung auch etwas vorwärts zu schieben, worüber ja der „Korr.“ stets berichtete. Diese Organisation hatte im Berichtsjahre 947 758 923 Kr. Einnahmen, denen 835 791 923 Kronen Ausgaben gegenüberstanden, so daß ein Ueberschuss von 111 967 923 Kr. erzielt wurde. In Unterstütlungen wurden insgesamt 636 188 000 Kr. verabsolgt, darunter an Arbeitslosenunterstützung allein 600 000 000 Kr., worin die große Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbe nachgewiesen erscheint. Die Zahl der Mitglieder betrug 3453, wovon am Schlusse des Jahres 3313 in Arbeit, 140 außer Arbeit standen.

Schweden. Der schwedische Verband sendet sechs Drucker mit Stipendien zur Erlernung des Offsetdruckes nach Prag, wo der tschechische Verband eine vollständige Offsetabteilung in der Arbeiterdruckerei für diese Zwecke zur Verfügung stellt. Es hatten sich 50 Besucher gemeldet.

Norwegen. Zwischen dem Verein der Zeitungsbetriebe in Oslo und dem Norwegischen Zentralverband der Buchdrucker ist ein neues Abkommen am 12. März abgeschlossen worden. Die noch nicht bekannten Bedingungen werden den Mitgliedern der beiden Organisationen zur Abstimmung überhandt, deren Resultat am 22. März vorliegen soll.

Holland. Die Generalversammlung des holländischen Buchdruckerverbandes findet vom 1. bis 4. Juni d. J. statt. Dieser Kongress wird einen besonderen Charakter tragen, denn am 1. Juni besteht der holländische Verband 60 Jahre. Er ist demnach gleichaltrig mit dem deutschen Buchdruckerverband. Kollege F. van der Wal, der Verbandsvorsitzende, hat eine Fortsetzung der Verbandsgeschichte (1916—1926) geschrieben, die demnächst erscheinen wird. Das wertvolle Buch wird den Mitgliedern als Festgabe zum Verbandstagesum unentgeltlich zugestellt.

Belgien. Die belgischen Buchdrucker erhielten zu ihrer letzten Tarifbewegung 650 000 Fr. als internationale Hilfestellung (Bulgarien und Jugoslawien beteiligten sich nicht daran). Ein Appell an die Häupter der Internationalen angehängten eingetragenen Buchdruckerorganisationen ergab 150 000 Fr. Die Gesamtsumme der Auslandshilfe betrug 800 000 Fr. Die belgische Kollegenchaft konnte mit dieser Summe ihre Tarifbewegung durchführen. Die belgische Prinzipalität dagegen hat diesem internationalen Aufschub ihre Niederlage zu verbanken. Es ist nicht das erstemal, daß internationale Hilfe erhoben und geleistet wurde. Mittels dieser Unterstütlungen wurden die Tarifbewegungen zugunsten der Arbeiterschaft beendet. Ohne diese Hilfe wäre das Gegenteil das Lande geworden. Im Verlaufe der letzten Tarifbewegung schwenkte die christliche Gewerkschaft des Buchdruckergewerbes ab und akzeptierte die Vorschriften für den Wiedereintritt in die Betriebe zu den Bedingungen der Prinzipale, mitbin einer Minderbezahlung von 3 bis 5 Fr. pro Woche. Besonders unterschiedlich sind die Löhne in den Zeitungsbetrieben. Das Prinzipalsorgan veröffentlicht die Abmachungen darüber, die zeigen, daß die Gelsen nach unten rangieren.

Die Verbandsparthen sind durchweg höher bezahlt. Für die Gelsen eine wohlverdiente Lektion!

Frankreich. Die Tarifbewegungen haben die Fortdauer der Grenzsperrre zur Folge. Die Prinzipalität des Ober- und Niederrheins haben die Gehilfenforderungen bewilligt. Das neue Minimum für Gieß-Lothringen beträgt 206,40 Fr. pro Woche. Die kleineren Departementsstädte erzielten eine durchschnittliche Löhnerhöhung von 2—3 Fr. pro Tag, die Druckzentren aber eine solche von 4,10 Fr. In Lyon beträgt das Minimum 35,10 Fr. täglich. In den meisten kleinen Städten kann die Bewegung als vor der Beendigung stehend angesehen werden. Die Zahl der Bewilligungen ist gering. Hier ein Uebersicht der Einordnung des neuen Minimums für die kleineren Druckstädte: für die Handseher 32,66 Fr. pro Tag, Drucker und Buchbinder desgleichen, die Maschinenseher, Lino- und Monotypemashinen, eine tägliche Zulage von 2 Fr. (pro Woche 34,66 Fr.). 4 Fr. weniger für Anleger und Anlegerinnen = 28,66 Fr., Johann Tagelohn für die Galzerinnen 25,66 Fr., also 7 Fr. weniger als die Handseherlöhne. In Paris hat die Seherpartie die Prinzipalität dahin informiert, daß die Löhnsätze auf Grund der Tarifabmachungen vom 23. September 1925 für Wert- und Zeitungsmaschinen für Seher sowohl als für Drucker um 25 Cent. pro Stunde erhöht worden sind, demnach beträgt das Minimum 5 Fr. pro Stunde. Die Überstundenvergütung beträgt 33 Proz. für die beiden ersten Überstunden, 50 Proz. für die beiden folgenden Überstunden usw. Der Zeitungs- tarif im Tagelohn für die Maschinenseher (Linotype) beträgt 42,90 Fr., im Nachtdienst 48,15 Fr. Für Überstunden im Tagesdienst für die ersten beiden Stunden 33 Proz. pro Stunde = 8,15 Fr., für die beiden folgenden Stunden 50 Proz. = 9,15 Fr., und für die folgenden Stunden 100 Proz. = 12,20 Fr. Überstunden im Nachtdienst: Für die ersten beiden Stunden 33 Proz. = 9,15 Fr., für die beiden folgenden Stunden 50 Proz. = 10,30 Fr. und für die folgenden Stunden 100 Proz. = 13,70 Fr. Die Pariser Sektion empfiehlt den Mitgliedern, bei auftauchenden Verhandlungsschwierigkeiten um die Teilnahme von Vorstandsmitgliedern zu ersuchen und ein Verlassen des Betriebs zu vermeiden. Die Personale der Druckereien in Orleans befinden sich seit dem Ende Januar im Ausstande. Anlässlich der diesjährigen Tarifverhandlungen erklärten die dortigen Prinzipale, die Forderung von 30 Fr. pro Tag bezahlet zu wollen, eine Bezahlung der Ferientage, wie im vorigen Jahre, aber absehen zu müssen. Es ist diese Erklärung dem Druck der benachbarten Sektionen des Prinzipalsverbandes zuzuschreiben. Diese hatten die Bezahlung der Ferientage verweigert. Die Gewährung dieser Forderung seitens ihrer Kollegen in Orleans benachteiligen sie als eine Durchbrechung ihrer Front. Die Gehilfenleitung betrachtet diesen Konflikt wegen der Bezahlung der Ferientage natürlich als von prinzipieller Bedeutung für sämtliche Sektionen des Verbandes. Aus diesem Grunde ist eine Erhöhung der fargen Auslandsunterstützung für die Orleanser Ausständigen eine Notwendigkeit für die Gesamtorganisation. Um eine solche durchzuführen zu können, ist ein entsprechender Aufruf an die Sektionen des französischen Bucharbeiterverbandes erfolgt. — In sich immer häufiger werdende Weise hatte sich das Zentralkomitee mit Schwierigkeiten zu befassen, die den Mitgliedern durch Spezialebmaassnahmen mit ihren Prinzipalen über Lohn- und Arbeitsbedingungen entstanden waren. Auf dem regulären Gerichtswege wurde die Mehrzahl dieser Fälle zugunsten der Mitglieder entschieden. Infolgedessen wurden die Mitglieder dringend ersucht, von solchen Spezialabmachungen Abstand zu nehmen, da solche unvereinbar sind mit gewerkschaftlichen Prinzipien und nur dazu dienen, die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaft lahmzulegen.

### Rlimsch's Jahrbuch 1926, 19. Band

Der alte bewährte Weg- und Zukunftsweiser im deutschen graphischen Gewerbe ist wieder erschienen. Schon rein äußerlich ist der stattliche Band ein Werk, das jedem Bücherliebhaber Freude bereiten wird. In Halbheften gebunden, der Rücken dunkelgrün leinen, der Deckel leicht schamoiis gewölbt, heibes mit Goldaufdruck versehen, so birgt der Einband eine ebenfalls schöne und einwandfreie typographische Innenausstattung: Ratio-Latein, gutes Papier, sauberer Schrift- und Bilderdruck. Man fühlt, das Buch ist mit Liebe und tiefem fachtechnischen Verständnis geschaffen. Da der Preis von 16,20 M. für das Inland und 18 M. für das Ausland durchaus dem umfassenden Inhalt entspricht, kann man dem Werke in allen Kreisen größte Verbreitung wünschen. Besonders die Fachbibliotheken sollten die Anschaffung dieses Jahrbuchs nicht versäumen.

Folgende Dreiteilung ist vorgenommen: 1. Technische Abhandlungen, 2. Technische Neuheiten, 3. Kunstbeilagen. Den Beschluß bildet der Anlagenanhang, der gleichermassen wichtig ist für den Inzerenten- und Abzidensgeber, wie für den Inzerenten und für die Kreie, an die er sich mit seinen zahlreichen Ankindigungen wendet.

Neben den technischen Abhandlungen verdient ganz besondere Hervorhebung der Beilagenenteil, der in über 80 musterergänzigen Tafeln alle Verfahren vertritt, und zwar in einer Art, die geradezu als Extrakt des ganzen Buches noch einmal alle zusammenfassend läßt, was an Wandlungen und Fortschritten im Bilderdruck während des verflossenen Jahres ersichen konnte.

Der Schriftleiter Friedrich Bauer beginnt. In seinem Artikel „Wandlungen und Fortschritte“ schildert er die beispiellose Entwicklung der letzten 25 Jahre und deutet das Verwischen der Grenzen an bei den modernen verviel- fältigungsverfahren. Schon heute greift eins ins andre; die Zukunft wird hier voraussichtlich noch näher zusammenführen. Verfasser läßt auch durchblicken, daß jedes Verfahren seine Berechtigung, aber auch seine Grenzen der Leistungsfähigkeit hat, die erkannt werden müssen. Sehr richtig betont Bauer, daß die Schrift im Buch endlich wieder die Hauptgabe ist, und daß Einfachheit, verbunden mit Zweckmäßigkeit und Schönheit, wieder in der Urbedeutungs- stellung vorherrschend müssen. Bemerkenswert ist auch die Beurteilung der vom Konstruktivismus geforderten Kleinhefterschaft der blut- und kunstlosen Groteskschriften. alles in allem ein Artikel, der das Verständnis auch der Schriftgrundlagen angenehm erweitert.

Konrad F. Bauer schreibt über „Antiqua-Verfassen“ eine historische Abhandlung, so daß man bei unsern, zum Teil sehr schönen Neufassungen an das bekannte Wort Ben Albas unwillkürlich erinnert wird. Sepp Wundschammer (Aän) läßt sich in tiefgründigen Zeilen aus über die „Sehmashinen“. Hauptinhalt: Ursachen des Speichens und auf Grund reicher Erfahrungen Ratssätze zur Vermeidung. Er läßt Kritik in ästhetischer und technischer Hinsicht und betont, daß die Maschine ebenso guten Satz liefert wie der Handatz und daß das Uebel des schlechten Maschinensatzes zum großen Teil auf der Gewinn- und Notordrucht der Fabrikanten und Verleger, aber auch einzelner Maschinenseherkollegen beruhe. Er sagt noch, daß jedes System Gutes

leistet, wenn der die Maschine zwingende Mann am rechten Plage steht. Indem er noch kurz auf die prophetenhaften Ankindigungen von Umwälzungen hinweist, kommt er zu einer schlichten Kritik aller Beteiligten, was den Aufsatz besonders lesenswert macht.

Aber die „Bestellung der Stereotypematrize“ lesen wir allerlei Interessantes von Erich Weinbehr. Neben der Herstellung von Maß- und Trockenmatern behandelt er, unterstützt durch Abbildungen, die heute so wichtige und vielseitige Stereotypie.

Ergänzende, nützbringende Mitteilungen hierzu hat die Firma Asbern (Augsburg) beigetragen. Wo es sich nötig macht, besonders Bildern eine härtere und doch scharfe Oberfläche zu geben, finden wir hier Rat und Erklärung zur Vermeidung.

Wertvolle Anregung gibt die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg zur Herstellung von Galsonen mit Weltmatrizen.

Mauchen praktischen Wink finden wir im Aufsatz von R. Tauchner (München) „Neuere Buchdruckmaschinen und die Arbeitsweise des Maschinemeisters“. Von seinen überzeugenden Ratssätzen über das „notwendige Uebel“ Zurecht kommt er zum Formstücken, Aufzug usw. und sagt schließlich sehr gut, daß mit den immer komplizierter werdenden Buchdruckmaschinen der Maschinemeister auch seine Intelligenz steigern muß. Das muß aber auch auf Seiten unserer Prinzipale anerkannt werden.

Sehr zeitgemäß geht D. Schulz (Würgburg) auf die „Entwicklung der Buchdruckmaschinen für Mehrfarbendruck“ ein. Viele Abbildungen, von der einfachen Schnellpresse bis zur

Nicht erst in den letzten Tagen des Monats, sondern bis zum 25. März hat jeder gewerbliche Interessent die **Bestellung des „Korr.“ bei der Post** vorzunehmen. Durch Verpätungen erhöht sich der Bezugspreis auf 1,20 M., weil die Post nach dem 25. eines jeden Monats einen Zuschlag von 20 Pf. erhöht. Zustellungsgebühr beträgt 12 Pf.

**Korrespondenzen**

**Naken.** Am 31. Januar fand hier die Bezirksgeneralversammlung des Bezirksrates statt. Der Vorsitzende S. Wenzelbürger (Gmünd) gab seiner Freude Ausdruck über den guten Besuch. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils (der gesamte Vorstand wurde per Akklamation wiedergewählt) setzte eine lebhaftige Aussprache ein, die sich im Besonderen mit der Überarbeitung der Lehrlingskata beschäftigte. Auch das Überfunderschulden an einzelnen Druckorten wurde kritisiert. Als Lehrlingsleiter wurde Kollege Karl Schmidt (Naken) gewählt. Nach dem Mittagessen referierte Kollege Kurz (Stuttgart) in Verbindung des erkrankten Kollegen Klein über „Die wirtschaftliche Krise mit ihren Folgen und die gewerkschaftlichen Aufgaben“. Der Referent verstand es vortrefflich, an Hand neuesten statistischen Materials seine Zuhörerhaft zu fesseln, die ihm auch den verdienten Dank nicht schuldig blieb. Als nächster Versammlungsort mit Bezirksjohannisfest wurde Heidenheim a. Brenz bestimmt.

**Augsburg.** Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 6. Februar statt. Kollege Stier eröffnete die Schwabensche Versammlung und erstattete einen umfassenden Rückblick über das abgelaufene Geschäftsjahr. Ihm folgten die Berichte des Kassierers und des Lehrlingsleiters. Der Kassenschluss war befriedigend. Das neue Jahr steht unter keinem so günstigen Stern wie das verfloffene, wir haben hier seit Ende des Jahres eine größere Anzahl konditionsloser Kollegen. Aus dem freiwilligen Hilfsfonds konnte an Weihnacht an unsere Invaliden und in Not geratenen Kollegen annähernd 400 M. verteilt werden. Den Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsstellens erstattete Gewerkschaftssekretär Kollege Gebmann. Die Wahl der Verbandsfunktionäre war rasch erledigt; eine erweiterte Vorstandssitzung hatte vorgearbeitet. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

**Beuthen i. Oberschl.** (Drucker.) Auch hierorts ist der im Jahre 1905 gegründete Maschinenmeisterverein unter dem Namen Druckerreinigung Beuthen neu entstanden. In der Generalversammlung am 24. Januar wurden die Kollegen Mag Alrich als Vorsitzender und K. Wiakowski als Kassierer gewählt. In der Versammlung am 7. Februar hielt Kollege Alrich einen Vortrag: „Einst und jetzt im Druckergewerbe“. Vereinslokal ist Guttmans Restaurant, Tarnowitzer Chaussee. Die hiesigen Druckerkollegen werden ersucht, der Sparte beizutreten.

**Bodauitz (M.-L.).** Auch unser Ort ist organisatorisch im Aufblühen begriffen. Am 6. Februar traten sämtliche hier anwesenden elf Kollegen zwecks Gründung eines Ortsvereins zusammen. Der Wahl des Vorstandes folgte die Wahl eines Kartellbelegierten. Sodann wurde der Kassierbericht erstattet. Zur allgemeinen Freude aller Kollegen waren die Kasserverhältnisse befriedigend. Auf allgemeinem Wunsch soll im Anschluß an unsere nächste Monatsversammlung eine kleine Familienfeier stattfinden.

Mehrfarben-Rotationsmaschine, weisen den gewaltigen Entwicklungsschritt, den der Mehrfarbendruck genommen hat. Erzeugnisse aller Art sind Zeichen lebendiger Gegenwart und weisen zuversichtlich in die Zukunft.

Ob der Maschinenantrieb mit Gleich- oder Drehstrom zu bewerkstelligen ist, entscheidet Ingenieur Hermann Link (Würzburg) überzeugend zugunsten der Gleichstromanlage. Wie man im Steinbruch Schwierigkeiten beim so gern angewandten Bronzebezug überwindet, soll ein Artikel von Otto Würzberger (Leipzig) darthun.

Die Reproduktionsverfahren, die eine erfreuliche Höhe erreicht haben, werden eingeleitet mit einem Artikel von Rudolf Rau (Berlin). „Die Autotypiepliegung in der Lithografie“. In seinen illustrierten Zeilen beweist der Autor, daß das Mißtrauen gegenüber der Maschinenprägung heute nicht mehr am Platze ist.

Während Emil Köditz (Leipzig) sich mit den Nachdruckverfahren beschäftigt, die in den letzten Jahren zu hoher Vollkommenheit gelangt sind, führt uns E. Englich (Klagenfurt) in das ebenso schwierige wie interessante Gebiet der „Reproduktion plastischer Gegenstände“. Wichtige Hinweise für photographische Ausrüstung und Aufnahme-technik leiten über zu den aktuellen Farbaufnahmen und Lichtfiltern.

Schließlich widmet M. Marchner (Neukölln) in sachlicher Kürze und bewährter Weise die „Pigmentgelatin-Übertragung auf Glas und Kupfer“, die bei dem heutigen Stande der Technik eine bedeutende Rolle spielt.

Und den Beschluß des Artikelteils bildet die Abhandlung des Fabrikrektors Fr. Richter (Dier a. S.) „Die An-

nach Schluß der Versammlung blieb man noch einige Stunden gemüßlich beisammen.

**Breslau. (Korrektoren.)** Am 31. Januar hielt der Verein schießlicher Korrektoren seine Generalversammlung ab. Kollege Rippich begrüßte die sehr zahlreich Erschienenen. Als dem weiterzweigenden Tätigkeitsgebiete war leider nur ein Kollege aus Pleschitz erschienen. Der Jahresbericht brachte im großen und ganzen Zufriedenstellendes. Das Steigen im Mitgliederbestande hält an. Kollege Bruno Schmann wurde zum Vorsitzenden und Kollege Oskar Wolter zum Kassierwart gewählt. Unter „Mitteilungen“ wurde ein Beschluß gefaßt, der dahin ging, einem hier am Orte tätigen Akademiker für seine gegen Korrektoren gemachten Anrempelungen Gelegenheit zu geben, in einem Vortrage: „Was soll und muß der Korrektor von seiner Tätigkeit wissen?“, über seine Äußerungen den Beweis zu erbringen.

**Dresden. (Maschinenfeger.)** Die Hauptversammlung der Maschinenfegervereinigung im Gau Dresden am 7. Februar war sehr gut besucht; auch die Kollegen der Gaudruckorte waren zahlreich erschienen. Gauvorstand sowie die andern Sparten hatten ebenfalls Vertreter entsandt. Das Gedächtnis eines im Vorjahre verstorbenen Kollegen ehrte man durch Erheben von den Plätzen. Aus dem Bericht des Vorsitzenden Eise ging hervor, daß für die technische, berufliche, tarifliche und allgemeine Fortbildung der Mitglieder viel geleistet worden ist. So wurde neben Vorträgen und Exkursionen wiederum für Linotypsetzer ein praktischer Lehrgang an zwölf Sonntagen abgehalten, an dem 30 Kollegen teilnahmen. Die Mitgliederzahl stieg von 239 auf 344. Der Bestand an Schmaschinen vergrößerte sich um 57 auf 257. 76 Kollegen wurden im Vorjahre im Gau als Maschinenfeger ausgebildet. Leider gibt es noch im Gau Kollegen, die zum Minimum oder nur für wenig darüber arbeiten. Der Vorsitzende ersuchte, die Mühen des Vorstandes und der Technischen Kommission für die Fortbildung der Mitglieder durch weiteren regen Besuch der Versammlungen und Kurse zu besorgen. Der Bericht des Kassierers, der wieder ohne Misse abschloß, gab zu Einwendungen keinen Anlaß. Dann hielt Kollege Söhre (Berlin) einen beifällig aufgenommenen Vortrag: „Von Sechsmaschinen, Maschinenfegen und Sparte“. Der bisherige Vorstand wurde mit einer Ausnahme wiedergewählt. Die Vergütung an den Gesamtvorstand wurde auf 250 M. festgelegt. Angenommen wurde ein Antrag, daß die Mitglieder des Bezirks Zittau ab 1. Januar 1926 von ihrem Beitrag 35 Pf. abzuführen haben. — Nach Schluß der Versammlung verabschiedete die Kollegen mit ihren Damen noch einige frohe Stunden.

**Elberfeld.** Unsere Bezirksversammlung am 14. Februar erfreute sich eines guten Besuches, besonders waren die auswärtigen Kollegen stark vertreten. Zu Beginn der Versammlung erkante der Gesangsverein „Gutenberg“ die Anwesenden mit einem Liede. Unter „Bereinsmitteilungen“ bemerkte Vorsitzender Weber, daß im hiesigen „Generalanzeiger“ nunmehr die 48-Stunden-Woche eingeführt sei. Sodann kam er auf die Betriebsratsaufhebung zu sprechen und ermahnte die Anwesenden, der Aufforderung des AOB, nachzukommen und dafür zu sorgen, daß in allen Betrieben die Wahlen getätigt werden, es dürfte nicht mehr vorkommen, daß es Firmen ohne einen Betriebsrat gebe. Den Vertrauensleuten wurde anheim gegeben, darauf zu achten, daß bei den demnächstigen Einstellungen von Lehrlingen die Staffeln nicht überschritten werden. Sodann gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Ende des Jahres waren 603 Mitglieder im Bezirk. Das 25jährige Verbandsjubiläum feierten die Kollegen Hugo Picard, Georg Meßler, Max Mothes und Julius Wagener (Elberfeld), Rudolf Doney, Fritz Ludewig, Karl Franzen, Heinrich Borcholte, Anton Böddeker (Solingen), Otto Contius (Wald) und Joseph Fiedler (Schlags). Den Kassierbericht gab Kassierer Peus, dem auf Antrag Entlastung erteilt wurde. Bei Beratung der Anträge zur Generalversammlung wurde der Vorstand beauftragt, sich sofort mit dem Verbandsvorstand in Verbindung zu setzen zwecks Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung in Ab-

passung des Papiers an die Druckverfahren“. Eine hochwichtige Wissenschaft, da durch falsche Papierwahl Arbeiten entstehen, die weder Arbeiter, noch Unternehmer, noch Verkäufer befriedigen.

Der zweite Teil: „Technische Neuheiten“, spiegelt nochmals den Geist wider, der durch das ganze Werk weht, nämlich dem ganzen graphischen Gewerbe zu dienen, in dem trotz der Zeiten Ungunst ein Vorwärts und Aufwärts auf der ganzen Linie mit Stolz festgesetzt werden kann.

Die neuen Schriftgießerei-Erzeugnisse sind wieder sehr mannigfaltig; auf guten Musterblättern vorgeführt, zeigen neue Schriften, Bignetten und Schmuck auch hier das Vorwärtstreben. Hervorzuheben ist der Guß von gotischen Schriften, die zum Teil keine nennenswerten Abweichungen in den Grundzügen aufweisen.

Es folgen dann mit zahlreichen Abbildungen Neuheiten für Schriftgießereien, Sechsmaschinen mit immerhin neuerartigen Grundideen und schließlich eine Generalübersicht über alles, was im weiterzweigenden graphischen Gewerbe nötig und nützlich ist.

Die schon erwähnten Kunstbeiträge krönen wirksam auch dieses Jahrbuch und beweisen, daß alle Berufstätigungsverfahren eintätig miteinander wirken müssen, um solche Spitzenleistungen hervorbringen zu können.

Wenn jeder an seiner Stelle mitwirkt, so wird's weiter aufwärts gehen zu aller Beteiligten Nutzen. In diesem Sinne wünschen wir dem Jahrbuch in den weitesten Kreisen Abak, da es tatsächlich alles das einschließt, was man wissen möchte.

Berlin.

Heinrich Schulse.

traft der großen Anzahl erwerbsloser Kollegen. Die Versammlung war der Ansicht, daß durch die Einführung eines Extrabeitrages die Orte, die schon einen hohen Extrabeitrag zahlen, entlastet und daß die erwerbslosen Kollegen hierbei besser abgefunden würden. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Kollege Weber aufgestellt. Das 60jährige Verbandsjubiläum wird mit dem Bezirk Barmer zusammen gefeiert werden. Sodann stimmte die Versammlung den Ausführungen des Kollegen Arz (Solingen) in der Fürtzenabfindung und dem Volksentscheid zu und es gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heute im „Bürgerhaus“ in Elberfeld stattfindende Bezirksversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker (Bezirk Elberfeld) schließt sich dem eingeleiteten Beschlusse des AOB, auf entschuldigende Entziehung sämtlicher Fürtzen nebst Anhang an. Wir Buchdrucker billigen nur jeden produktiv Tätigen eine Existenz in der deutschen Republik zu.“ — Nach Schluß der wirklich anregend verlaufenen Versammlung fand ein geistliches Beisammensein statt, das die Kollegen noch lange in frohlicher Stimmung zusammenhielt.

**Habelschwerdt (Schlesien).** Am 12. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Nachdem vom Kollegen Groer der Kassierbericht gegeben und genehmigt worden war, ging man zur Wahl des Vertrauensmanns, des Kassierers sowie des Lehrlingsleiters über. Alle drei Ämter wurden wie bisher vom Kollegen Alfred Groer übernommen. Zum Gautage wurden zwei Kollegen als Delegierte bzw. Stellvertreter vorgeschlagen. Hierauf fand noch je ein Antrag zum Gautage sowie zum Verbandsstages Annahme. Den Teilnehmer zur Frühjahrstagsversammlung, die mit dem Johannisfest verbunden ist, soll aus der Ortsliste ein Zufußig gewählt werden. Der Mitgliederbestand beträgt zurzeit 10.

**Köln. (Korrektoren.)** Unsere Hauptversammlung am 29. Januar wies einen guten Besuch auf, der auch im vergangenen Jahr stets das Kennzeichen der Versammlungen war. Unsere Ortsgruppe zählt zurzeit 46 Mitglieder. Vorsitzender Starck gab einen Überblick über die Lage am Ort und im Gau und streifte auch die Tätigkeit anderer Spartenvereine im Reich. Seine Ausführungen zeigten, daß die Ortsgruppe Köln mit ihrer eifrigen Tätigkeit nicht hinter andern Spartenvereinen zurückbleibt, sondern mit an der Spitze steht. Kege Teilnahme findet der Lehrgang im Deutschen unter Leitung eines Lehrers; er bietet den Mitgliedern eine willkommene Gelegenheit zu weiterer Fortbildung bzw. Auffrischung in ihrem Beruf. In das vergangene Jahr fiel auch die Feier des 20jährigen Bestehens des Kölner Korrektorenvereins, die gemeinsam mit dem Gautag stattfand. Einer Anregung folgend, wählte man einen Kollegen in den Vorstand des Bildungsverbandes, bei dessen Tätigkeit die Mitwirkung eines Kollegen im Interesse unserer Sparte von besonderer Wichtigkeit ist. Der Vereinsbeitrag wurde auf 50 Pf. besaßen und beschlossen, die Kosten für besondere Aufwendungen jeweils durch einen Sonderbeitrag aufzubringen. Vorstand und Kassierer wurden mit anerkennenden Dankesworten einstimmig Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden u. a. gewählt die Kollegen Starck als Vorsitzender und Heß als Kassierer. Der Vorsitzende verband zum Schluß mit dem Ausdruck des Dankes für das in ihn gesetzte Vertrauen und einem Ausblick in das neue Jahr den Wunsch nach einer noch engeren Zusammengehörigkeit zwischen den Kollegen.

**Konstanz.** Unsere Bezirkshauptversammlung fand am 31. Januar hier statt. Von 119 Kollegen waren 65 anwesend. Bezirksvorsitzender Wagenführer begrüßte die Erschienenen, besonders unsern Gauvorsitzer Sandfort (Freiburg). Das Andenken eines verstorbenen Kollegen wurde gelehrt. Unter „Mitteilungen“ wurde die neue Beitragserhöhung besonders besprochen, da von den überlinger Kollegen dagegen scharf protestiert wurde. Erneut wurde zur Anstellung eines besoldeten Gauvorsitzers Stellung genommen und allgemein die Notwendigkeit von der Versammlung anerkannt. Der Zeitersparnis halber wurden die Jahresberichte des Bezirks und der Ortsgruppen nicht zur Verlesung gebracht, da diese bald in Druck erschienen. Den Kassierbericht gab Kollege Jacob; es wurde ihm mit Dank Entlastung erteilt. In gedrangter, aber verständlicher Form gab sodann Kollege Sander noch einen kurzen Bericht über die letzte Gauvorsitzerkonferenz. Beifall beehrte den Referenten. Bei den Neuwahlen des Gesamtvorstandes ergab sich die gleiche Amtsbesetzung wie bisher. Nur ein Beiziger und der Reiskasseverwalter wurden neu gewählt. Die Remunerationfrage war bald erledigt. Dem Bezirkskassierer wurde eine Erhöhung der Remuneration bewilligt. Aus der Wahl der Delegierten zum Gautag gingen je ein Kollege aus Konstanz, Singen und Überlingen hervor.

**Köln.** Unsere Generalversammlung am 6. Februar konnte sich eines guten Besuches erfreuen. In seinem Geschäftsbericht freute der Vorsitzende kurz die Vorgänge im letzten Jahr. Neben der Erwähnung der außergewöhnlich guten Konjunktur auch an unserm Orte, mußte leider die Tatsache getreift werden, daß die „Sommerfeste Morgenpost“ am 1. November ihr Erscheinen einstellte, wodurch eine Anzahl Kollegen wiederum arbeitslos wurden. Eine unwesentliche Änderung der Ortsstatuten fand auf Vorschlag des Vorstandes Zustimmung. Die Aussprache über die Berichte der einzelnen Druckereien ließ die Meinungen aufeinanderplagen. In allen Druckereien ist es zu Entlastungen gekommen. Bei der Firma Rosenberger & Co. war es möglich, daß sogar einem Kollegen, der Betriebsrat ist, durch das Gewerkegericht gekündigt wurde. „Der Winterpommer“ hatte drei Kollegen entlassen und zwei wieder neu eingestellt. Besonders wurde verurteilt, daß wiederum ein auswärtiger Kollege eingestellt worden ist, trotzdem am Ort genügend Arbeitslose vorhanden sind. Die Bemühungen, für Köln eine Fachschule zu errichten, haben endlich Erfolg gehabt. Der Regierungspräsident hat die Genehmigung erteilt und mit dem Unterrichtsamt im neuen Schulfahr begonnen werden. Bei der Neuwahl des Gesamt-

vorstandes wurde der bisherige Vorsitzende Kollege Roggele und zum Kassierer Kollege Eichmann gewählt. Die Wahl für die Leiter der Lehrlingsabteilung fiel auf die Kollegen Säuberlich und Hofmann. Es folgte noch die Erledigung unwesentlicher Angelegenheiten unter „Verschiedenem“.

**Malteser.** Unsere Generalversammlung, die sich auch diesmal eines guten Besuchs erfreuen durfte, fand am 6. Februar statt. Es war die 20. Jahresversammlung, die unser Loge mit bewährter Vorsitzender Kollege W o j a c z e k leiten konnte. Auf Grund dessen entrafte dieser ein Bild über die vor 20 Jahren hier erfolgte Tarifvereinbarung und die Ortsvereinsgründung. Sodann gab Kollege Lehmann als Schriftführer den Geschäftsbericht, aus dem besonders hervorgehoben ist, daß im vergangenen Jahre hier die Kollegen Helmholz (Berlin), Gaudorfseher Fiedler (Breslau) und Hofrichter (Breslau) auflärende und dankbar aufgenommene Beiträge stellten. Den Jahresbericht folgte der Kassierbericht des Kollegen J s k a l l a. Für seine immer musterhafte Führung der Kasse dankte ihm die Versammlung in besonderer Weise. Aber die Tätigkeit im Gewerkschaftsamt beruhte wie immer unser Kollege T h i e l. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde unser, für uns allezeit eintretender Vorsitzender W o j a c z e k wiedergewählt. Schon 20 Jahre hindurch hat er den Vorsth inne. Aus Altersrückgründen dankte unser jahrelang zweiter Vorsitzender Kollege K o z i l s k i. Für seine treue Mitarbeit wurde ihm ein besonderer Dank zuteil. An seine Stelle trat ein in allen Fragen der Gewerkschaft gut beschlagener und auch fest zur Gewerkschaft stehender Kollege. Als Kassierer wurde Kollege J s k a l l a einstimmig wiedergewählt.

**Den Alten zur Ehr', den Jungen zur Lehr'!**  
50jähriges Verbandsjubiläum

Drucker Albert Isermann, geboren in Hannover. Letzige Kondition: König & Ehardt in Hannover.  
Drucker Karl Fischer, geboren in Hannover. Letzige Kondition: G. Kienigsbeier in Hannover.

**Allgemeine Rundschau**

**Meisterprüfung.** Vor der Meisterprüfungskommission der Handwerkskammer Berlin legte Kollege Max Polte aus Berlin die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

**Gesellenprüfungen.** An der Gesellenprüfung in der Kunst- und Handwerkerschule in Barmer am 15. März nahmen sechs Seher, vier Drucker und eine Seherin teil. Sämtliche Prüflinge bestanden. Es erhielten in Praktischen vier Seher die Note Gut, zwei Genügend, drei Drucker Gut und einer Genügend; im Theoretischen vier Seher Gut, zwei Genügend, zwei Drucker Gut und zwei Genügend. Die Seherin erhielt in beiden Fächern die Note Gut. — Bei der Firma Gehrig & Söhne in Bamberg befanden am 10. März drei Schriftsetzerlehrlinge ihre Gesellenprüfung mit der Note Gut.

**Entschädigung für Bleibstrafen Steuerfrei.** Unter Hinweis auf den Entschädigung des Leipziger Finanzamts, den der Leipziger Stereotypverein erwirkt hatte (s. „Korr.“ Nr. 104/1925), wurde vom Verein der Stereotyp. und Galvanoplastiker in München versucht, die bereits im Jahre 1925 geleisteten Beiträge zurückerstattet zu erhalten. Auf eine Eingabe ging folgender Bescheid des Münchener Finanzamts III ein: „Sofern sich die von Ihrem Arbeitgeber für Bleibstrafen bezahlten Beträge nach ausdrücklicher Vereinbarung um eine Entschädigung des durch den Dienst veranlassenen Aufwandes darstellen und nur in der Höhe des tatsächlich veranlassenen Aufwandes gewährt werden, unterliegen diese Entschädigungen nicht der Besteuerung; dies wäre durch eine Befreiung Ihres Arbeitgebers nachzuweisen. Erstattungsantrag wäre für das Kalenderjahr 1925 bis 31. März 1926 anher zu leiten. Dem Erstattungsantrag wäre weiters eine Befreiung Ihres Arbeitgebers über diese Höhe Ihres Verdienstes im Jahre 1925 und der hieraus einbehaltenen Steuerbeträge unter Angabe der Höhe der hierunter enthaltenen Aufwandsentschädigungen für Bleibstrafen als Beleg beizugeben.“ Nach diesem Bescheid haben also Erstattungsanträge für Steuerabzüge aus der Entschädigung für Kränklichkeit begründete Aussicht auf Genehmigung, wenn solche Anträge bis 31. März d. J. von Münchener Stereotypen- dem Finanzamt zugehen. Hoffentlich schließen sich auch die Finanzämter anderer Städte dem Münchener Beispiel an.

**Eine preussische Staatsdruckerei.** Vor kurzem ging eine auch von uns unter Vorbehalt wiedergegebene Meldung durch die Tagespresse, daß die Reichsregierung demnächst wieder in nähere Beziehungen zur „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ treten werde. Diese Angelegenheit fand neuerdings ihre Aufklärung durch eine Erklärung des Ministerpräsidenten Braum im Hauptauschuß des Preussischen Landtages. Er stellte dabei fest, daß im November vorigen Jahres bei der Liquidierung der Stinnes-Wasse der preussischen Regierung zugleich mit andern Werten die Aktien der Norddeutschen Buchdruckerei A. G. angeboten worden seien. Der Finanzminister habe daraufhin schnell und ohne erst dem Landtage Mitteilung machen zu können, zugreifen müssen, damit dieses Objekt dem Staat nicht verloren ginge. Der Staat habe die Aufgabe, den Druck des „Reichs- und Staatsanzeigers“ sicherzustellen, der einen besonders komplizierten Druckerapparat erfordere. Der Finanzminister habe daher den Treuhändern die Mittel gegeben, die Druckerei zu erwerben, und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ selbst, die man durch diesen Aktienwerb übernehmen müßte, sei etwas völlig Nebenständliches gewesen. Die Regierung habe mit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nichts zu tun und beabsichtige keinesfalls, sich in ihr ein offizielles Organ zu schaffen. Die Druckerei solle jetzt in eine besondere Gesellschaft übergehen, um als Staats-

druckerei fortgeführt zu werden, und der Finanzminister werde diesen sehr günstigen Kauf noch etatsmäßig begründen. Die Zeitung selbst werde in aller Kürze an einen neuen Eigentümer übergehen, so daß die Regierung dann auch formell nichts mehr mit ihr zu tun haben werde.

**„Die Arbeits- und Lohnverhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe 1914 bis 1925.“** Mit einer Arbeit über dieses Thema promovierte Herr Julius Wlach in Halberstadt, Mitinhaber der dortigen Firma S. Meyers Buchdruckerei, an der Universität Halle a. d. S. als Doktor der Staatswissenschaften.

**Arbeitsministerkonferenz in London.** Die Beratungen der internationalen Arbeitszeitkonferenz in London, an der die Arbeitsminister der bedeutendsten Industrieländer teilnahmen, um über eine gemeinsame authentische Auslegung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens zu beraten, wurde in den frühen Morgenstunden des 19. März beendet, nachdem volle Einigkeit über die Punkte von geringerer Wichtigkeit, die zurückgestellt worden waren, erzielt worden war. Vom deutschen Reichsarbeitsministerium wurde bereits am 20. März ein Auszug aus den Beschlüssen der Londoner Arbeitszeitkonferenz veröffentlicht. Danach stimmte die Konferenz darin überein, daß Artikel 1 der Konvention sich auf alle Industrieunternehmungen bezieht, gleichgültig, wie die Arbeiter in ihr beschäftigt sind. Ausgenommen von den Bestimmungen der Konvention sind nur in kleineren Betrieben mitarbeitende Familienmitglieder. Post-, Telegraphen- und Telephonarbeiter sind nur von den Bestimmungen der Konvention ausgeschlossen. Im Artikel 2 hat man sich dahin geeinigt, daß als Arbeitszeit die Zeit zu verstehen ist, in der der Arbeitnehmer zur direkten Verfügung des Arbeitgebers steht. Aber Artikel 6 ist beschlossene worden, daß dieser Artikel auch auf die Bauarbeiter angewandt werden darf. Es handelt sich dabei um die Ausnahmen von der allgemein angenommenen Acht- und neundrigstundenswoche. Artikel 6 soll nur in streng beschränktem Maße interpretiert werden. Er bezieht sich nur auf die Beschäftigung von Portiers, Wachposten in großen Betrieben, angestellten Feuerwehrlern und andern Arbeitern, die nicht direkt bei der Produktion der Betriebe beschäftigt sind. Die Verteilung der Stunden als 48stündige Arbeitszeit auf fünf Arbeitstage wird im Laufe von zwei Wochen auf elf Arbeitstage zugelassen unter der Bedingung, daß die durchschnittliche Arbeitszeit in keinem der angegebenen Fälle mehr als 48 Stunden beträgt. Bezüglich der Entlohnung der überstunden wurde beschlossen, daß die in Artikel 6 vorgesehene Mindestlohnrate von 25 Proz. obligatorisch ist. Auch die Eisenbahnerverwaltung soll unter das Übereinkommen fallen. Falls Artikel 5 und 6 nicht genügen sollten, die bei Eisenbahn notwendigen Arbeitsstunden zu regeln, so kann man auch von den in dem Artikel 6 erwähnten überstunden Gebrauch machen. In den Fällen, wo ein Staat zugibt, daß die 48stündige Arbeitsstundenswoche überschritten wird, um auf diese Weise die bisherige verlorene Zeit einzuholen, dürfen diese Arbeitsstunden die Maximalzahl der in Artikel 6 vorgesehene überstunden nicht überschreiten. Unter Artikel 4 verpflichten sich die einzelnen Regierungen durch ihre Gesetzgebung: 1. die Washingtoner Konvention anzunehmen; 2. von Artikel 14 nur im Falle, daß die Interessen des Volkes bedroht scheint, Gebrauch zu machen. Wirtschaftliche Krisen dürfen aber keineswegs als ein Grund hierfür betrachtet werden. Auf der Konferenz hat man sodann noch beschlossen, daß die Geschlüsse in deutscher, englischer und französischer Sprache gleichzeitig veröffentlicht werden.

**Streikunterstützung nicht einkommensteuerpflichtig.** Verschiedentlich haben Finanzämter bei Anträgen auf Rückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer für das Jahr 1925 auch von Gewerkschaften gezahlte Streikunterstützung als Einkommensteuer in Anrechnung gebracht und infolgedessen die zurückgestellten Beträge entsprechend gekürzt, oder, falls einschließliche der Streikunterstützung der steuerfreie Lohnbetrag erreicht war, den Antrag abgelehnt. Auf eine Beschwerde des Vorstandes des DVB, an den Reichsfinanzminister ist unterm 5. März d. J. folgender Bescheid erteilt worden: „Nach den von mir angefertigten Ermittlungen hat sich kein Anhaltspunkt dafür ergeben, daß das Finanzamt bei Errechnung des zu erstattenden Lohnsteuerbetrages nach dem bisherigen § 93 Absatz 8 des Einkommensteuergesetzes die von den Antragstellern während der Dauer des Streiks oder der Erwerbslosigkeit außerhalb ihres festen Arbeitsverhältnisses möglicherweise durch Gelegenheitsarbeit oder in anderer Weise verdienten, aber nicht erzielten Beträge berücksichtigt hat. Dagegen hat das Finanzamt irrtümlich die Streikunterstützungen mit in Anschlag gebracht, obwohl sie nicht als Arbeitslohn anzusehen sind. Ich habe das Finanzamt entsprechend angewiesen.“ Streikunterstützung darf also nicht als Einkommen veranlagt werden.

**Unternehmervorstoß gegen die Tarifverträge.** Anfang und Ende der Wirtschaftspolitik vieler Unternehmergruppen besteht bekanntlich im Abbau der Löhne, Herauslösung der Arbeitszeit, Befreiung von den „Fesseln“ der Tarifverträge und in sonstigen Bestrebungen zur Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft. Unlängst wurde u. a. auch von den Schulbuchverlegern ein Vorstoß gegen den Reichstarifvertrag in der Schulindustrie unternommen. In dieser Industrie besteht seit acht Jahren ein Reichstarifvertrag. Ende vorigen Jahres wurde er von den Unternehmern zum 28. Februar 1926 gekündigt. Zunächst waren diese bereit, einen neuen Vertrag abzuschließen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Schuhmacher in eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes willigen. Als der Schuhmacherverband das ablehnte, im Gegenteil eine Verbesserung des alten Vertrages forderte, hatten die Unternehmer kein Interesse mehr an einem neuen Reichstarifvertrag. Sie wollen jetzt sogar nicht einmal mehr von Verhandlungen etwas wissen. Infolgedessen rief der Schuhmacherverband seine Mitglieder zu fester gewerkschaftlicher Geschlossenheit auf, um den Angriff der Unternehmer auf das tarifliche Mitbestimmungsrecht der Schuharbeiter erfolgreich abzuwehren zu können.

**Preiserhöhung für Jugendfahrten.** Am 1. April vorigen Jahres ist bekanntlich eine bedeutende Verteuerung der Jugendfahrten eingetreten. Die Reichsbahnverwaltung hatte die Fahrpreise von 50 auf 66 2/3 Proz. des Tarifs heraufgesetzt. Inzwischen haben verschiedene Reichstagsabgeordnete sich für die Wiederherstellung der früheren Fahrpreiserhöhung für Jugendliche eingesetzt. Das Votum des Reichstags hat nunmehr einem darauf abzielenden Antrag entsprochen, und es ist zu hoffen, daß die früheren Vergünstigungen für Fahrten der Jugendorganisationen wieder in Kraft treten werden. Die Leiter unserer Lehrlingsabteilungen seien besonders hierauf aufmerksam gemacht.

**Vorbringen der Selben.** Wie die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet, fanden am 15. März d. J. in der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig die Betriebsratswahlen statt. Es erhielten die freigewerkschaftlich organisierten Beamten und Angestellten nur zwei Vertreter im Betriebsrat, während die im Nationalen Bund deutscher Krankenkassenbeamten und Angestellten organisierten sechs Vertreter für sich buchten konnten. Das ist ein bemerkenswertes Symptom für das Vorbringen der Selben in einem sozialen Institut wie der Leipziger Ortskrankenkasse. Bei dieser Gelegenheit sei auch hingewiesen auf die gewerkschaftlichen Zersplitterungsbestrebungen durch die Herausgabe von Betriebszeitschriften, die vom Unternehmertum stärker denn je betrieben wird. Allenfalls tritt man in der Großindustrie mit Neuaufgaben hervor, die auf die Masse der Beschäftigten losgelassen werden. Trotz der immer wieder betonten Betriebsmittelknappheit scheuen die Unternehmer keine Kosten, um die Arbeiterschaft in ihrem Sinne zu beeinflussen. Das beste Mittel dagegen bildet die Arbeiterpresse, insbesondere die gewerkschaftliche, für deren Ausbau und Verbreitung gar nicht genug gesehen kann.

**Wertvolle Luthers-Bibel.** In Chemnitz wurde, wie der „Kleiner“ berichtet, eine wertvolle Bibel aus der Zeit Luthers aufgefunden. Es handelt sich um ein Exemplar des im Jahre 1534 von Hans Lufft in Wittenberg gedruckten Alten Testaments mit zahlreichen von Luthers Hand geschriebenen Anmerkungen.

**Neue Belastung der Krankenkassen?** Wirtschaftlicher Tiefstand und wirtschaftliche Hemmnisse geben Ursache, die Faktoren zu erforschen, aus denen diese Wirkungen entstehen. Die „Soziallast“ ist nun ein besonderes Kapitel, das von sogenannten Wirtschaftsführern teilweise gern unter die Lupe genommen wird. Zahlen tauchen auf und vermehren sich, und schließlich verdrängt sich die Beitragslast zum Kernpunkt des sozialen Gesetzwurfs. Erst in zweiter Linie wird erwogen, daß diese Beitragslast volkswirtschaftlich unbedingt notwendigen Einrichtungen dient. In großen Zahlen wird die „Soziallast“ auf einzelne Kapitel verteilt und ihre Verwendung in großen Umfassen dargelegt. Die Wirkung im einzelnen, im kleinen, wird zum Teil nur von denen erkannt, die einen Bruchteil der großen Zahlen verarbeiten. Auf diese Faktoren wirken nicht große Zahlen; sie müssen mit geringen Mitteln möglichst vieles schaffen: die Krankenkassen „Anb“, worauf die „Deutsche Krankenkassenkorrespondenz“ vom 18. März hinweist, oft der Angelpunkt für Angriffe unter dem Motto: Soziale Belastung. Wesensfremdheit, Nachtwilen, Ungerechtigkeit wird ihnen unterstellt. Aus Einzelfällen wird Unmögliches konstruiert. In Wirklichkeit sieht es jedoch ganz anders aus. Den Krankenkassen stehen bestimmte Mittel zur Verfügung, nach denen sich die Ausgaben richten. Würde das Verhältnis umgekehrt sein, dann müßte das zu überpanneter Beitragspolitik führen. Die Grenze des Möglichen würde überschritten und damit zur Haltlosigkeit des Systems der sozialen Gesetzgebung führen. Die Krankenkassen haben durch die Verlegung der Kriegsdienstbeschäftigten, soweit sie Kassenmitglieder sind, erhöhte Ausgaben. Auf Grund des Reichsversicherungsgesetzes wird den Krankenkassen ein Teil ihrer Aufwendungen erstattet. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes im Jahre 1920 hatten die Kassen alle Kosten zu tragen; während der Infaktion blieben die Vorschriften des Gesetzes für die Kassen fast ohne Wirkung. Der Erstattungsanspruch ist den Krankenkassen bis 31. März 1926 eingeräumt. Ob die Vorschriften verlängert werden, ist noch unbestimmt. Würde es nicht der Fall werden, dann entfiel für die Kassen eine Mehrbelastung, die nur im Wege der Beitragserhöhung ausgeglichen werden könnte. Die Folge ist, daß über die Frage der „Soziallast“ erneut in den Zeitungen diskutiert werden wird. Die Ursachen der Beitragserhöhungen bleiben dabei gänzlich unberücksichtigt. Es geht sich dann, daß große Zahlen wohl die soziale Belastung veranschaulichen, daß sie aber die Wirkung im einzelnen nicht zum Ausdruck bringen, mit denen die einzelnen Krankenkassen auf Aufstellung ihres Etats rechnen muß.

**Verschiedene Eingänge**

**Archiv für Buchgewerbe und Gebrauchsschrift.** Zeitschrift des Deutschen Buchgewerbevereins zu Weidau. 43. Jahrgang 1926. Heft 1 des neuen Jahrganges ist als Sonderheft dem ersten Vortrage des Deutschen Buchgewerbevereins in Weidau gewidmet. Das Heft bildet inhaltlich eine technisch reine Monatsheft. Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins, Die Drucklegung erfolgt bei der Firma Weidmann & Ditzel in Weidau, deren Sprechender Herr Hofmann ist.

**„Neue Deutsche Druckarbeiten.“** Illustrierte Monatsheft für die graphische Kunst und die Reproduktionstechnik. 22. Jahrgang. Verlag Berlin 1926. H. Engelbrecht Straße 49. Das vorliegende Heft ist der Industrie gewidmet.  
**Schweizer Graphische Mitteilungen.** Herausgegeben August Müller, Z. Wälden, 42. Jahrgang, Heft 2, Druck und Expedition Buchdruckerei Zollikerstr. 110, Z. Wälden.  
**„Neue Deutsche Druckarbeiten.“** Unter diesem Titel erscheint in unregelmäßiger Folge im Verlag von Lambert Schneider in Berlin eine Reihe von Heften, in denen das Schaffens der neuen deutschen Schriftkünstler vorzufführt wird. Jeder Schrift ist eine neue Gestaltung beige, deren Verfasser der Schriftführer, eine möglichst genaue Bildergabe der in dieser Schrift gesetzten Blätter und ein ausführliches Gradverhältnis enthält. In dem uns vorliegenden Heft wird die Eindeutigkeit und die dynamische Wirkung behandelt.  
**„Europas Wirtschaft im Weltkongress.“** Von Hermann Frick, Verlag der Münchener Druckerei v. B. S. Hubert I. C. G. Heft 1 dieser lehrreichen Broschüre 30 Pf., bei Weidmanns billiger.

